

KURZ NOTIERT

UN beklagen Zustände in griechischen Flüchtlingslagern



Ein Blick in ein geräumtes Zelt im Lager in Idomeni.

Foto: dpa

Genf. Die UN haben erbärmliche Lebensbedingungen in einigen griechischen Flüchtlingslagern kritisiert und rasche Verbesserungen gefordert. Nach der Räumung des wilden Lagers von Idomeni an der mazedonisch-griechischen Grenze seien viele Menschen in Unterkünfte gebracht worden, die selbst minimalen Standards nicht gerecht werden, erklärte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in Genf. „Die Luftzirkulation ist erbärmlich und die Bereitstellung von Nahrung, Wasser, Toiletten, Duschungen sowie elektrischem Strom ist unzureichend“, bemängelt das UNHCR. dpa

NSU-Helfer sollen auch V-Leute gewesen sein

München/Erfurt. Im NSU-Komplex droht die nächste V-Mann-Affäre. Ein Zwillingenbrüderpaar aus Jena, das in den 1990er Jahren eine kriminelle Bande angeführt und den NSU mit Waffen versorgt haben soll, habe laut Medienberichten zur selben Zeit als V-Personen mit Beamten des thüringischen Landes kriminalamts zusammengearbeitet. Die Brüder Ron E. und Gil W. gelten als mutmaßliche Waffenbeschaffer der späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Sie hatten im NSU-Prozess als Zeugen ihre Aussagen verweigert. dpa

Gab es mehr Überfälle von Ex-RAF-Terroristen?



Hannover. Die mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen Ex-RAF-Terroristen (Symbolfoto: dpa)

Ernst-Volker Staub, Burkhard Garweg und Daniela Klette haben in Niedersachsen womöglich mehr Raubüberfälle verübt als bisher bekannt. Nach Medieninformationen hat das Trio mindestens ein halbes Dutzend Überfälle begangen und dabei insgesamt einen sechsstelligen Eurobetrag erbeutet. Bisher wurden den Terroristen nur zwei gescheiterte Überfälle auf Geldtransporter im Juni 2015 bei Bremen und im Dezember 2015 in Wolfsburg zugerechnet. dpa

Moskau und Athen wollen enger kooperieren

Athen. Russland und Griechenland setzen trotz zahlreicher Schwierigkeiten ihre Kooperation fort und wollen sie weiter ausbauen, teilten der russische Präsident Wladimir Putin und der griechische Regierungschef Alexis Tsipras gestern nach einem Treffen in Athen mit. Russische Unternehmen hätten Interesse am Kauf griechischer Staatsunternehmen, etwa Eisenbahnen und den Hafen von Thessaloniki, erklärte Putin. Die beiden Regierungen unterzeichneten Abkommen in den Bereichen Energie, Transport, Kultur, Landwirtschaft, Forschung und Tourismus, berichtete das Staatsfernsehen. dpa

Donald Trump hat genug Stimmen für Kandidatur

Washington. Donald Trump hat genügend Delegierte für die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner zusammen. Er selbst bestätigte Medienberichte, wonach er die Schwelle von 1237 überschritten hat. „Ich bin geehrt“, erklärte er. Nach einer Zählung der Nachrichtenagentur AP kommt Trump auf 1238 Delegierte. Der Fernsehsender CNN zählte 1237 – das wäre exakt die Nominierungsschwelle. Es handelt sich jedoch nicht um offizielle Zahlen. dpa

De Maizière empört über Kritik an Hilfe der Kirchen

Leipzig. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat Äußerungen aus der AfD zum angeblichen Geschäft der Kirchen mit Flüchtlingen scharf kritisiert. „Wenn die AfD behauptet, dass die Caritas, Diakonie und andere ein Millionengeschäft mit Flüchtlingen machen, dann ist das eine Beleidigung für die Caritas und die Hunderttausenden von ehrenamtlichen Helfern“, sagte er beim Katholikentag in Leipzig. Der bayerische AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron hatte den Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden Geschäfte-macherei mit Flüchtlingen vorgeworfen. dpa

Umfrage: Erdogan für viele Deutsche undemokratisch

Berlin. Undemokratisch und unzuverlässig: So schätzen die Deutschen den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan ein. Angesichts der innenpolitischen Vorgänge in der Türkei stufen in einer repräsentativen Erhebung nur acht Prozent der Befragten Erdogan als Demokraten ein – 83 Prozent sprachen ihm diese Eigenschaft ab. Neun Prozent gaben an, die Türkei sei kein verlässlicher Partner. Dennoch plädierten nur 59 Prozent dagegen, dass Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Lösung der Flüchtlingskrise auf die Türkei setzt. dpa

EU verlängert Sanktionen gegen Assad-Regierung

Brüssel. Die EU hat die Sanktionen gegen die Regierung von Syriens Machthaber Baschar al-Assad um ein weiteres Jahr verlängert. Bis zum 1. Juni 2017 bleiben ein Öl embargo, Investitionsbeschränkungen und die Blockade von Vermögen der syrischen Zentralbank in Kraft, wie der Rat der EU-Mitgliedstaaten mitteilte. Die EU betonte aber ihr Bemühen um eine politische Lösung. Zudem sind mehr als 200 Amtsträger mit Reise- und Vermögenssperren belegt und die Guthaben von 70 Unternehmen in der EU eingefroren. dpa

EKD: Flächendeckender Islamunterricht gefordert

Berlin. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm (56, Foto: dpa), fordert einen „flächendeckenden Islamunterricht“ an deutschen Schulen. Das sei die beste Möglichkeit, junge Muslime immun zu machen gegen die Versuchungen von Fundamentalisten, sagte der Münchner Landesbischof. Junge muslimische Schüler müssten die Möglichkeit erhalten, sich kritisch mit der Tradition ihrer Religion auseinanderzusetzen. „Sie können zugleich Neues über den Islam lernen – und das auf dem Boden des Grundgesetzes“, sagte er. dpa



Eine Gruppe armenischer Flüchtlinge aus dem Osmanischen Reich 1915 in Syrien.

Foto: Library of Congress/dpa

Aghet: Die Katastrophe und der Dichter

Der in Wuppertal-Elberfeld geborene Armin T. Wegner ist vor 100 Jahren Augenzeuge der Vertreibung der Armenier in die Wüste und hält das Verbrechen fotografisch fest.

Von Daniela Ullrich

Wuppertal. „Herr Präsident! Verschießen Sie Ihre Ohren nicht“, beginnt Armin T. Wegner seinen auf den 19. Januar 1919 datierten offenen Brief an den damaligen Präsidenten der USA, Woodrow Wilson. In seiner „Totenklage für Armenien“ bittet der 1886 in Elberfeld, heute ein Stadtteil von Wuppertal, geborene Dichter den Politiker um Hilfe für das armenische Volk.

Im Namen der Menschlichkeit geht es Wegner in seinem Brief vordergründig darum, den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu bitten, sich für ein unabhängiges Armenien stark zu machen. Gleichzeitig ist dieser offene Brief Armin T. Wegners ein wichtiger Zeitzeugenbericht über die Auswirkungen der Vertreibung der Armenier im Ersten Weltkrieg. Die Fotos, die der freiwillige Sanitäter heimlich machte, während er ab 1915 die Flüchtlingslager in der mesopotamischen Wüste besuchte, gehören zu den seltenen Bilddokumenten dieses Verbrechens.

Ein Verbrechen, das Papst Franziskus Mitte April vergangenen Jahres in einer Messe im Petersdom als den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts bezeichnete. „Das Böse zu verbergen oder abzustreiten, ist genauso, wie eine Wunde bluten zu lassen, ohne sie zu bandagieren“, wurde der Papst in den Medien zitiert.

Die türkische Regierung der aus dem Osmanischen Reich hervorgegangenen Republik Türkei sowie die offizielle türkische Geschichtsschreibung lehnen die Bezeichnung Völkermord für die Verbrechen

im Osmanischen Reich bis heute ab. Mehr als 1,5 Millionen Armenier, Aramäer, Assyrer und Griechische Pontos starben damals.

Aghet. Katastrophe. So nennen die Armenier diese blutende Wunde. Der in Elberfeld geborene Wegner sieht den Genozid mit eigenen Augen. Zwei Jahre lang, so schreibt er in seinem Brief an US-Präsident Woodrow Wilson, seien Bilder von Not und Entsetzen an seinen Blicken vorbeigezogen. Damit übertreibt er nicht.

„Warum lebe ich, während Millionen andere sterben mussten?“

Armin T. Wegner qualte diese Frage sein Leben lang. Eine Antwort darauf fand er nicht.

Es war das von der osmanischen Regierung erlassene Deportationsgesetz, das ab dem 27. Mai 1915 die – in Wirklichkeit bereits begonnene – Vertreibung der Armenier legalisierte. Die heutige Türkei kämpfte im Ersten Weltkrieg an der Seite des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns sowie Bulgariens gegen die Staaten der Entente. Die russische Armee war im Januar 1915 in Ostanatolien einmarschiert.

In der Hoffnung auf einen eigenen unabhängigen Staat hatten sich einige armenische Freiwilligen-Bataillone auf die russische Seite geschlagen, was in der historischen Forschung als Vorwand für die systematische Vertreibung und damit den Völkermord an den Armeniern gilt. Die Depor-

tation der nichtmuslimischen Bevölkerung aus den frontnahen Gebieten im Osten des Osmanischen Reiches bedeutete den sicheren Tod in der Wüste. Wegner schildert dieses Massenverbrechen in drastischen Worten und belässt es nicht bei seinem Brief an den amerikanischen Präsidenten, um sich für das armenische Volk einzusetzen.

Tagebuchaufzeichnungen aus seiner Zeit in Anatolien gibt der Mitbegründer des Bundes der Kriegsgegner unter dem Titel „Der Weg ohne Heimkehr“ 1919 heraus. Seine Fotografien zeigt Wegner bis 1924 in Lichtbildervorträgen in Berlin, Breslau und Wien. Er versucht sich an einem großen Armenien-Roman. Doch Schriftsteller Franz Werfel kommt ihm im Jahr 1932 mit „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ zuvor.

Für den mittlerweile in Berlin lebenden und mit der jüdischen Schriftstellerin Lola Landau verheirateten Wegner beginnt bald darauf ein Martyrium: Im Mai 1933 gehen bei den Bücherverbrennungen auch seine Werke in Flammen auf. Einen Monat zuvor hatte er einen Brief an Adolf Hitler geschrieben, in dem er gegen die Judenverfolgung protestierte. Im August verhaftet ihn schließlich die Gestapo in Oranienburg und foltert ihn.

Von diesen Strapazen hat sich der Humanist nie erholt, sagt Judith Schönwiesner. Die von der 37-Jährigen kuratierte Ausstellung „Aghet – der vergessene Völkermord“, die im vergangenen Frühjahr in Wuppertal zu sehen war, zeigt auch die Fotos Wegners aus den Flüchtlingslagern. Bilder, die den Dichter Zeit seines Lebens nicht loslassen werden. „Sein Sohn berichtet, der Vater sei Jahre später noch nachts schreiend aus Albträumen aufgewacht“, sagt Schönwiesner, die auch Vorsitzende der in

WEITERE INFORMATIONEN

ZUR PERSON Armin Theophil Wegner (geb. 16. Oktober 1886 in Elberfeld, gest. 1978 in Rom) erhielt unter anderem das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland (1956) und den Eduard-von-der-Heydt-Preis seiner Heimatstadt Wuppertal (1962). 1968 wurde Wegner in die Reihe der Gerechten unter den Völkern aufgenommen. 2002 wurde die Armin-T.-Wegner-Gesellschaft mit Sitz in Wuppertal gegründet.

AUSSTELLUNG Am Freitag, 3. Juni, 19 Uhr, Eröffnung der neuen Multimedia-Ausstellung „Heimat und Exil.“ Kuratorin Judith Schönwiesner

hat faszinierende Bilder zusammenggetragen – darunter erstveröffentlichte aus Wegners Exil in Italien. Die Ausstellung der Armin T. Wegner-Gesellschaft ist bis zum 2. Juli in der Zentralbibliothek in Wuppertal, Kollpingstraße 8, zu sehen.

LINKS ZUM THEMA

- 1 Die Armenien-Resolution <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/076/1807648.pdf>
- 2 Die Armin T. Wegner-Gesellschaft <http://www.armin-t-wegner.de>
- 3 Die Veranstaltung der Armin T. Wegner-Gesellschaft: <http://www.armin-t-wegner.de/veranstaltungen.htm>

Wuppertal ansässigen Internationalen Armin T. Wegner-Gesellschaft ist.

Die größte seelische Wunde hinterlässt bei ihm das Trauma der Folter. „Wegner war ab diesem Zeitpunkt nicht länger Beobachtender, sondern selbst Opfer“, erklärt Schönwiesner. Der Dichter habe zum Einen mit dem Erlebten selbst gekämpft. Zum Anderen plagte er sich mit dem sogenannten Überlebensschuldensyndrom.

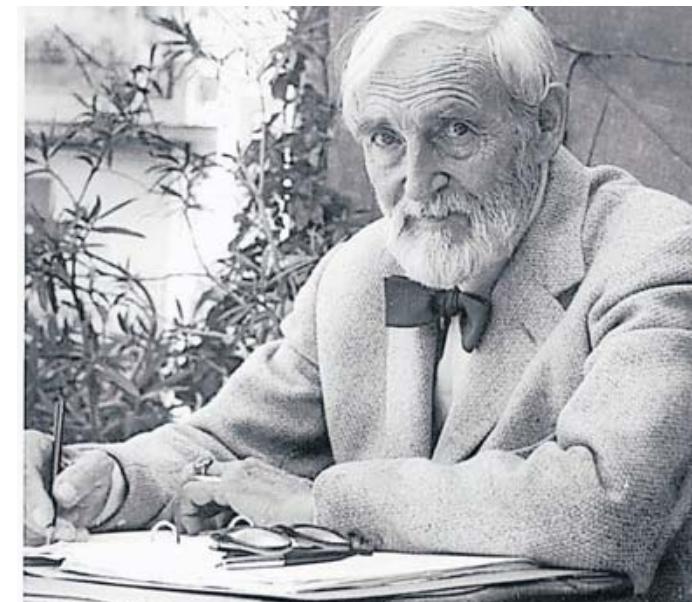
Wegner kann nicht aufhören, sich die eine Frage zu stellen: „Warum lebe ich, während Millionen andere sterben mussten?“ Eine Antwort findet er nicht und zieht sich im Exil in Italien ab 1940 so weit zurück, dass er als vermeintlich verschollener 1947 auf dem ersten deutschen Schriftstellerkongress für tot gehalten wird.

Einige seiner Altersgedichte erscheinen zwar noch. Ein zweiter Versuch, seinen Armenien-Roman zu vollenden, scheitert aber. Seinen großen Wunsch, dem armenischen Volk auf diese Weise in Europa eine Stimme verleihen zu können, kann sich Wegner nicht mehr erfüllen. Er stirbt am 17. Mai 1978 in Rom. Seine Fo-

tografien bleiben vorerst stumme Zeugen.

Am 2. Juni will der Bundestag das Verbrechen als Genozid verurteilen Zum 100. Jahrestag des Beginns der Massaker und Vertreibungen sprachen Bundespräsident Joachim Gauck und Bundestagspräsident Norbert Lammert vor einem Jahr dann erstmals das Wort Völkermord öffentlich aus. Über die Armenien-Resolution der Grünen sollte wenige Tage später im Bundestag beraten werden. Eine Entscheidung wurde aber monatelang verschoben. Zuletzt hatten die Grünen einen entsprechenden Beschluss in diesem Februar verlangt.

Am 2. Juni will der Bundestag nun über den von Grünen, Union und SPD unterstützten Antrag „Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten von 101 Jahren“ beraten und offenbar dieses Verbrechen auch als Genozid verurteilen. Armin T. Wegners Fotografien der Vertreibung sind zu diesem Zeitpunkt in einer Ausstellung in Osnabrück zu sehen.



Der in Wuppertal-Elberfeld geborene Schriftsteller Armin T. Wegner 1934 (l.). Der Schriftsteller als Krankenpfleger im Ersten Weltkrieg (M.). Wegner im Exil in Italien (r.)

Fotos: dpa (2), Bildrechte (1): Familienbesitz/Michele Wegner